

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Polizeipräsidiums Leipzig

Abonnementspreis für die Woche vom 22.-28. September einschl. Bringerlohn beträgt 10 000 000 M., bei Selbstabholung 9 200 000 M. — Preis der Einzelnummer 2000 000 M. — Telefon für Kontor u. Expedition: Nr. 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 24506

Inseratenpreise: Die 10spaltige Kolonelle 2500000 M., bei Planvorschrift 3000000 M.; Familienanzeigen v. Privatpersonen 1250000 M., Kolonelle 1250000 M., Inserate v. ausw. bei 10spalt. Kolonelle 3000000 M., bei Planvorschrift 3500000 M., Reklamspalt 1500000 M. Annahme bis 1 Uhr norm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshandlungen.

## Die Kundgebung der Reichsregierung.

An das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wiederholt und vertrieben das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten das Ruhrgebiet und das Rheinland schwerste Verdrückungen zu erleiden. Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als 100 Volksgenossen haben ihr Leben dahingelassen. Hunderte sind noch in Gefängnissen. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs haben sich Rechtsgesetze und vaterländische Gesinnung erhoben. Die Bevölkerung hat sich geweigert, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese, dem Deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die Leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche haben die Unterführungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen Mark erreicht. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einseitige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerfallen. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei einem Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden.

Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzugeben. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete

noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf und beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten haben, die im besetzten Gebiet duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgegeben haben, die lieber die Heimat verlassen haben, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden und daß die Vertriebenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Der Reichspräsident und die Reichsregierung verzichten hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reich löst. In der Hand der Einzelnen und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch die Anerkennung dieser Klaffung Deutschland den Frieden wiedergewinnen oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen. Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzukommen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zerstückelung des Reiches zunichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihre die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, den 26. September 1923.

Der Reichspräsident: Ebert.  
Die Reichsregierung:

Dr. Stresemann, Schmidt, Dr. Gehler, Dr. Brauns, v. Kaumer, Dr. Radbruch, Dejer, Dr. Luther, Solkmann, Dr. Hiltferding, Fuchs, Dr. Hüls.

## Erklärung des Ausnahmezustandes.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Ruhrgebiet folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Briefpost-, Telegraphen- und Fernsprechtätigkeit, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonstigen dafür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auch Militärbefehlshabern übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei der Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen.

§ 3. Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltungen und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, ehe sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen. Allgemeine Vorschriften des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach Paragraph 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchem Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Wer durch Zuwiderhandlungen nach § 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensziehung erkannt werden. Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Uberschuldungen), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Str.-G.-B. mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verurteilung der Verurteilung beantragt sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Vandalismus) des Str.-G.-B. auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso im Falle des § 125 Abs. 2 (Räubersführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Abs. 2 (Räubersführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Ge-

walt oder Drohung mit der Waffe oder in bewußtem und gewolltem Zusammenreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 3 dieser Verordnung aufgeführten Straftaten die Vergehen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident. (gez.) Ebert. Der Reichskanzler. (gez.) Dr. Stresemann.

## Kahr Diktator in Bayern!

München, 26. September. Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich mitteilt, hat das bayerische Gesamtministerium eine Verordnung über einseitige Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bayern erlassen und bis auf weiteres den oberbayerischen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr als Generalstaatskommissar bestellt, an den die vollziehende Gewalt sofort übergeht. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber, mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden, den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen und befragt, die Hilfe der Wehrmacht anzuordnen. Seine Anordnungen gehen den Anordnungen aller anderen Behörden, mit Ausnahme der Gerichte und Militärbehörden, vor. Der Generalstaatskommissar ist berechtigt, Schutzhaft und Aufenthalt, Beschränkungen zu verhängen. Durch diese Verordnung sind auch Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts und des Postgeheimnisses sowie Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen zulässig.

### Eine Kundgebung von Kahrs.

München, 27. September. Der neuernannte Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr erklärt folgende Kundgebung: In erster Stunde übernehme ich, meiner vaterländischen Pflicht folgend, das Amt eines Generalstaatskommissars für Bayern. Meine Amtshandlungen werden getragen sein von alter Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande. Ich will mich dabei stützen auf alle Kräfte, die deutschen Stammes sind und unserm Vaterlande gleich mit Ehrlich dienen wollen. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen wie jeden Widerstand gegen meine Anordnungen werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen.

**Worm. 11 Uhr: 1 Dollar = 153 500 000 Mark.**

## Kapitulation.

Was seit Monaten bereits feststand, nun ist es zur Tatsache geworden. Die Kapitulation ist ausgesprochen und es wäre eitel Spiegelscherelei, die Dinge nicht auch beim richtigen Namen zu nennen. Die deutsche Regierung erklärt frei und offen, den passiven Widerstand aufzuheben, und nun erst wird es sich zeigen, inwieweit die Regierungen Frankreichs und Belgiens bereit sind, die Gefangenen freizugeben, die Rückkehr der Vertriebenen zu gestatten und inwieweit die Souveränität des Reiches über die besetzten Provinzen wieder hergestellt werden wird. Die Antwort auf diese von Dr. Stresemann formulierten Fragen wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wenn Poincaré nicht völlig mit Blindheit geschlagen ist, dann müßte er im Interesse Frankreichs und im Interesse der Reparationsleistungen nach der vollzogenen Kapitulation wenigstens in diesen Fragen Entgegenkommen zeigen.

Wer aber kennt nicht die Gefährte eines siegreichen Militarismus? Wir Deutschen haben aus eigener Anschauung erfahren, wie sich die Ansprüche der durch kapitalistische Expansionsgelüste vorwärts getriebenen Militärfaste zu immer neuen Forderungen steigern, und niemand vermag heute zu sagen, welche Antwort Poincaré geben wird. Davon wird die weitere Entwicklung der Situation nicht unwesentlich abhängen. In Bayern stehen die Hitlergardes marschbereit. Die Sturmtruppen wurden zu den Fahnen gerufen und das Hakenkreuz beherrscht heute Bayern unumschränkt. Doktor Kahr wurde zum Generalstaatskommissar für Bayern ernannt. Damit will nach dem Leipziger Herfurthorgan v. Anklage den Tatendrang Hitlers „dämpfen“. Das ist so ungefähr, als wenn man den Teufel mit Besenbesen austreiben möchte. Kahr hat so enge Beziehungen zu den faschistischen Kampfbündeln, daß seine Ernennung zum Generalstaatskommissar lediglich als eine Unterfütterung der faschistischen Bewegung gelten kann. In der Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar von Bayern zeigt sich die ganze Gefahr, der wir entgegengehen. Wenn je, dann werden in diesen Tagen die deutschen Gesinnungsgenossen Mussolinis die Gelegenheit suchen, um den Marsch von München nach Berlin zu vollziehen. So einfach, wie sich die Dinge in Italien gestalteten, dürfte das freilich in Deutschland nicht vor sich gehen. Zwischen München und Berlin schiebt sich die Barriere der sozialistischen Regierungen Mitteldeutschlands, und wenn auch die Kommunisten in unverantwortlicher Weise gerade in dieser Zeit die thüringische Regierung stützten, so müssen nichtsdestoweniger alle proletarischen Kräfte zur Abwehr zusammengefaßt werden, um den geplanten Vorstoß der Hitlerleute gegen die Republik zu hintertreiben.

Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung, die den Belagerungszustand verhängt. Durch diese Verordnung ist dem Reichswehrminister Gehler die vollziehende Gewalt auch für die Zivilbehörden übertragen worden. Zwar werden die vom Reichswehrminister ernannten Militärbefehlshaber gezwungen, sich bei allen Maßnahmen, die die Gebiete der Zivilverwaltung betreffen, mit den Regierungskommissaren ins Einvernehmen zu setzen. Aber auch die Regierungskommissare werden nach § 2 dieser Verordnung vom Reichswehrminister ernannt, so daß heute faktisch die ganze ausführende Gewalt des Reiches auf Gehler übergegangen ist, auf jenen Mann, gegen den die sächsische Regierung bis in die letzten Tage Sturm gelaufen ist. Noch auf dem Bezirksparteiitag in Berlin, der am vergangenen Sonntag fortgesetzt wurde, ließ der sächsische Ministerpräsident, Genosse Zeigner, eine weitere Konfate gegen den Reichswehrminister ergehen. Er fand dabei die uneingeschränkte Zustimmung der Delegierten des Bezirksparteitages und wenige Tage später bereits wird der Reichswehrminister, dem durch die größten sozialistischen Parteiorganisationen im Reich die schärfste Mißtrauen ausgesprochen wurde, mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt im Reich betraut.

Nach dem Material, das Genosse Zeigner auch in Berlin wieder vorgebracht hat, steht fest, daß Gehler bis in die letzten Tage Beziehungen zu den nationalfaschistischen Kampforganisationen gepflogen hatte. Die Gefahren, die dem Reich gegenüber drohen, bestehen aber nicht nur auf kommunistischer Seite. Viel größer ist die Gefahr, die von rechts, die von Bayern her und aus den ostelbischen Provinzen droht. Wie soll dieser Diktator, der selbst so enge Beziehungen zu den nationalfaschistischen Kampfverbänden hatte, die Gewähr für ein energisches Durchgreifen geben? Uns scheint, daß die Ernennung Gehlers nicht zur Konsolidation der politischen Verhältnisse im Innern Deutschlands beitragen wird, sondern daß sie eine neue Gefahr bedeutet. Zur Stunde ist uns die Stellungnahme des sächsischen Kabinetts zu der Verordnung der Reichsregierung noch nicht bekannt. Während diese Zeiten geschwieben werden, tagt das sächsische Ministerium. Soweit wir unterrichtet sind, hat Genosse Zeigner von dieser Verordnung keine Kenntnis gehabt. Zunächst ist freilich eine offiziöse Darstellung der sächsischen Regierung abzuwarten. Wenn sich aber diese Gerüchte bestätigen sollten, dann ist das der unmittelbare Beweis dafür, daß diese Verordnung vor allem auch gegen die sächsische Regierung gerichtet ist. Bereits auf dem Berliner Bezirksparteiitag teilte Genosse Zeigner mit, daß

man bereits einen Volkskommissar für Sachsen eingesetzt habe und die Verordnung über den Belagerungszustand würde dann nichts anderes als den Anfang der Reichsregulierung gegen die sozialistischen Regierungen Mitteldeutschlands bedeuten.

Darüber wird sich das mitteldeutsche, vor allem aber das sächsische Proletariat mit aller Energie zu wenden haben. Die Verordnung der Reichsregierung macht die Alarmbereitschaft der gesamten proletarischen Organisationen notwendig. Bereits in den nächsten Stunden kann sich die Tatsache ergeben, daß die Gesamtarbeiterschaft unmittelbar in den Kampf eintreten muß. Vielleicht schon in den nächsten Stunden ist die Mobilmachung der Hitlergardes vollendet, und vielleicht schon in den nächsten Stunden werden die sozialistischen Organisationen Bayerns die sächsisch-schlesische Grenze überschreiten. Daher ist höchste Alarmbereitschaft in allen Betrieben das Gebot der Stunde. Niemand weiß, wie sich die Dinge entwickeln werden, aber gerade weil wir uns unmittelbar auf der Höhe des Gefahrenbereiches befinden, ist es notwendig, daß mit der Kampfkraft der proletarischen Massen sorgsam und sparsam umgegangen wird, daß nicht planlos Aktionen unternommen werden, die im gegenwärtigen Augenblick nichts nützen können, sondern lediglich die Kampfkraft des Proletariats vermindern müssen. Es ist notwendig, daß die Arbeiter, die Angestellten und Beamten, das gesamte Proletariat, der Weisungen der Parteistellen gehorcht. Wenn aber der Ruf ergeht, dann ist notwendig, daß alle Mann für Mann in die Breche springen, um die Angriffe der nationalsozialistischen Verbände abzuwehren.

Wir schreiben schon seitdem, daß es jetzt, auf dem Höhepunkt der Krise, um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung geht. Wohlgt es den Hitlergardes, die Diktatur Nazys über ganz Deutschland zu erweitern, dann sind wir zunächst, wie in Italien, organisatorisch und agitatorisch zur völligen Machtlosigkeit verdammt. Darum ist es notwendig, daß alle proletarischen Kräfte zusammengefaßt werden. Wir haben bereits in den letzten Tagen gezeigt, daß nur durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte die hitlerische Situation zugunsten des Proletariats genutzt werden kann. Die gegenwärtigen Kämpfe müssen den Anstalt bilden, um eine wirkungsvolle Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Ohne den Eingriff in die Substanz der deutschen Wirtschaft ist eine Sicherung des Reichshaushaltes unmöglich, ist es unmöglich, die Währung zu stabilisieren, ist es unmöglich, die von den alliierten Gegnern geforderten Reparationen zu begleichen. Seit Jahren wird der Kampf um die Erfassung der Sachwerte geführt. Jetzt befinden wir uns im Zustand der Krise. Wollen da die proletarischen Massen ihr ganzes Schwergewicht in die Waagschale der Entscheidung werfen, dann ist erforderlich: eiserne Disziplin, dann ist erforderlich: Kampfbereitschaft und unbedingte Unterordnung unter die Parolen, die von den Generalkomitees ergehen. Das deutsche Proletariat und als sein Vorkämpfer das Proletariat in Sachsen und Thüringen hat in dieser Stunde zu zeigen, ob es der von der Geschichte gestellten historischen Aufgabe gewachsen ist.

Wir hoffen, daß vor allem das Leipziger Proletariat seine Mission erkennt, daß ohne feste Geschlossenheit, Disziplin, Ruhe und Kampfbereitschaft der Kampf gegen die riesengroße Gefahr des Faschismus nicht bestanden werden kann.

## Die Mobilmachung der Hitler-Garde.

Aus München wird dem Soj. Parlamentsdienst berichtet: Die Ereignisse in München drängen auf einen gewissen Höhepunkt hin. Die Übertragung der politischen Leitung der bayerischen Verbände an Adolf Hitler bedeutet die freiwillige Unterordnung der militärischen Stützkräfte unter eine politische Diktatur, was um so bedrohlicher ist, als der bis ins kleinste ausgearbeitete militärische Apparat der Kampfverbände unter Leitung eines umsonstigen Generalkommandos ausschließlich von Berufsmitgliedern herorgeht. Innerhalb 10 Tagen sollen noch die Abordnungen der Nationalsozialisten aus allen hitlerischen militärischen Verbänden austreten und sich in die Reihen der Kampfverbände einfügen. Wer diesen Befehlen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen. Damit wollen die Kampfverbände die ideale militärische Macht an sich ziehen. Der Befehl trifft nicht nur die Feilschuppen und -gruppen, in denen letztes Jahr und Tag ein ziviles Soldatenjüngel getrieben wird, sondern er ist offensichtlich auch gegen den „Deutschen Offiziersbund“, den „Nationalen Verband Deutscher Offiziere“, den „Frontkriegerbund“ und andre mehr gerichtet, die korporativ dem Bunde „Bauern und Reich“ (Vorsitzender Raab) angeschlossen sind. Nicht zuletzt ist er auch eine Spitze gegen den „Mittelstand“, der in seiner bekannten Rede im Nationalverband die hitlerischen Offiziere neuerdings auf den von ihnen geleisteten Eid verwiesen hat.

Am Donnerstagsabend hält Hitler nicht weniger als 14 Versammlungen ab, in denen er überall selbst auftreten will. Für diesen Tag sind in ganz Bayern außerdem alle Versammlungen und Meetings der Nationalsozialisten abgesagt und alle Kräfte in München konzentriert. Auch aus Oesterreich und der Tschechoslowakei sind deutschösterreichische Führer herbeigerufen. Den Mitgliedern der Kampfverbände wurde jeder Versuch aufgetrieben, sich wegzusetzen. Für die Nacht zum Freitag ist Alarmbereitschaft angeordnet, einzelne Gruppen sind für Freitag früh 4 Uhr in voller Ausrüstung zum Appell bezwungen. Ein Sturmtrupp Nationalsozialisten hat in der Nacht zum Freitag „Feldwache“ für Stadelheim“, ein Gefängnis an der Peripherie Münchens, das in der nächtlichen jenseitigen Rolle für Inhaftierung politischer Gefangener gespielt hat. In diesem Zusammenhang interessiert eine Liste, auf der mehr als 100 Namen politischer Persönlichkeiten verzeichnet sind, die zum Zeitpunkt der Aktion ausgehoben und ungeschädlich gemacht werden sollen, um die Gegenwirkung zu erleichtern. Auf dieser Liste sind Namen bekannter Sozialisten und auch viele Mitglieder, von denen man eine Hemmung der nationalen „Reinigung“ erwartet.

Als Gegenengewicht für den Hitler-Ludendorff-Busch, mit dem viele Volksschichten rechnen, kommt außer den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie in der Hauptstadt zunächst nur die bayerische Regierung in Frage mit ihrer Befehlsgewalt über die Polizei und eventuell über die Reichswehrformationen. Es bedarf kein Zweifel darüber, daß die Regierung Knilling, Schwinger der Hitler-Ludendorff-Eklipse als Gegner gegenübersteht und daß sie gewillt ist, im Ernstfall mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einem Versuch des Hitlerismus entgegenzutreten. Anders könnten sich die Dinge gestalten, wenn es den Kampfverbänden gelänge, bei ihrem Vorstößen einen großen Teil der bayerischen Bevölkerung mitzuführen. Ob die Regierung auch dann noch eine Garantie für die Zuverlässigkeit der Landeswehr übernehmen kann, steht dahin. Einmalig wird versichert, daß die staatlichen Sicherheitsorgane den Befehlen der Regierung nicht gehorchen werden. Kurz an der Sozialität des Generals Ossow, des Führers der Reichswehr in Bayern, wird in keiner Weise gezweifelt. Dabei muß man aber darauf hinweisen, daß breite Kreise gerade auch der Mannschaften der Reichswehr stark

hitlerisch infiziert sind. Welche besonderen Maßnahmen die bayerische Regierung für die nächste Zeit, insbesondere für Donnerstag und Freitag vorbereiten hat, ist bisher nicht bekannt. In einer Pressekonferenz, zu der aber nur auswählige Journalisten der bayerischen Zeitungen Zutritt hatten, gab Ministerpräsident Knilling einen Bericht über seine Berliner Reise. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit auch die politische Hochspannung in München zur Sprache gekommen ist.

Uns scheint diese Darstellung zum Teil reichlich optimistisch. Jedenfalls wäre es ein großer Fehler, wenn man besondere Hoffnungen auf die bayerische Regierung und auf die Zuverlässigkeit der Reichswehr setzen wollte. Auch die Gegensätze zwischen den Nationalsozialisten und den sonstigen nationalsozialistischen Organisationen wird man in der gegenwärtigen Situation nicht allzu sehr in Rechnung stellen dürfen. Die Tatsache, daß die bayerische Regierung ausgerechnet den früheren Ministerpräsidenten von Raab zum Generalkommissar ernannt hat, zeigt die ganze Größe der Gefahr, die von Bayern droht. Ebenso charakteristisch ist es, daß sich die amtliche bayerische Staatsregierung scharf gegen das Einschreiten des Reichsjustizministers gegen das hochverräterische Treiben des bayerischen Verkehrsbeamtenvereins wendet. Sie schreibt u. a.:

„Die Eile, mit der der Reichsjustizminister die Reichsanwaltschaft zum Einschreiten auffordert, verdient Beachtung. Täglich werden aus dem linksradikalen Lager Vorgänge bekannt, die das Charakteristinum des Hoch- und Landesverrats nicht für den Laien klar erkennen an sich tragen, ohne daß man von einem Eingreifen der Strafverfolgungsbehörden etwas wahrnimmt oder von einer Aufforderung des Reichsjustizministeriums hierzu. Die im bayerischen Verkehrsverein zusammengeschlossene Beamtenschaft, die nicht mit dem sozialdemokratischen Strom schwimmt, wird sich kaum durch das Vorgehen des Reichsjustizministers in ihrem Verhalten beirren lassen und ruhig abwarten, ob man ihre Vorstandsmitglieder als Hochverräter vor dem Staatsgerichtshof zitiert.“

München, 25. September. Im Völkischen Beobachter richtet Herr Karl Weide an die ehemaligen Kadaveristen einen Appell zur Bereitstellung in Sturmabteilungen und Kletterkorps.

München, 26. September. Die Vollversammlung der Betriebsräte Münchens hat die Einberufung eines bayerischen Betriebsrätekongresses beschlossen.

Nach Mitteilung der Münchner Post hat die Organisation Reichsbund den Gestaltungsbezug ausgegeben, wonach sich ihre Angehörigen am Donnerstagsmorgen 8 Uhr an dem Würzger Bahnhof zu melden haben.

Dem gleichen Blatte zufolge soll der Bund Oberland seine Leute für Freitag früh 4 Uhr alarmiert haben.

## Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschusse.

Berlin, 26. September. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat heute zusammen, um die Erklärungen des Reichskanzlers zur Aufgabe des passiven Widerstands entgegenzunehmen. Anführer des Reichstags Dr. Stresemann waren die Reichsminister Dr. Hilferding, v. Raumer, Sollmann, Dr. Dezer und Dr. Hölle erschienen, ferner Staatssekretär v. Wangen (Auswärtiges Amt) und v. Rheinbaben (Reichsfinanzamt) u. a. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Scholz (D. Wp.) gewählt.

Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte, angesichts der schweren Entscheidung, die die Reichsregierung getroffen habe, wolle er ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben, und werde demzufolge die Verhandlungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezögen. Der passive Widerstand habe seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stärke allmählich eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andre Föhrung erfolgreicher hätte gestaltet werden können, ändere nichts an dieser Tatsache. Nach den Angaben der beteiligten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruchs in sich selbst auszuliefern.

Der Reichskanzler legte dann im näheren das Verhältnis der Außerachtlassung der Finanzlage des Reichs dar, das in Wälden den schwersten, in seinen Folgen nicht zu überschenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wendete sich dabei gegen diejenigen, die heute die schärfsten Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstands forderten und die dieselben seien, die sich noch locken gegen die allzu große Belastung durch die zuletzt vom Reichstags beschlossenen neuen Steuern gemahnt hätten. Die Überzeugung, ob die Fortführung des passiven Widerstands durch einen teilweisen Abbau der Kreditlinie möglich gewesen sei, habe ein negatives Ergebnis gehabt. Durch eine solche Maßnahme sei weder der passive Widerstand nachdrücklich aufrechterhalten noch auch die Gefahr des finanziellen Chaos abzumenden gewesen. Dem drohenden vollkommene Währungsverfall hätte man so nicht entgegentreten können. Auch Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinett schon vor längerer Zeit entschlossen, die Aufgabe des passiven Widerstands zu erwägen. Die Verluste, die Stilllegung des Widerstands zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Durchführung der Vertreibungen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erloschen geblieben, da der französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt festgelegt hatte, vor Abbuch des Widerstands nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschlossen müssen, den Widerstand aus innerdeutschen wie außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte.

Diese Sachlage sei entstanden durch die Entwiklung der machtpolitischen Verhältnisse, die härter gewesen seien als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich demgegenüber aufzubringen vermocht hätte.

Was die Vorbereitungen betreffe, um das Ruhr- und Rheinland nun in einen einigermaßen normalen Zustand überzuführen, so könnten hierfür nur Eventualmaßnahmen festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein abhängt, wie sich diese Dinge nun vollziehen sollen. Der Reichskanzler betonte nochmals, in der Aufgabe des passiven Widerstands sei in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einseitigen Seite ausgesprochen worden, daß man sich von einer Fortsetzung des Widerstands bei Finanzierung der Vertreibungen, Befreiung der Gefangenen, etc. absehen sollte. Die Frage der Gefangenenerlöschung und der Zurückführung der Vertriebenen, habe die ersten politischen Fragen über die Zukunft des deutschen Meins und der deutschen Ruhe. Die Erklärungen, die in dem Aufruf abgedruckt seien, würden die festen Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion bildeten die Abgeordneten Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Weisbach (Soj.), Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Scholz (D. Wp.) die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstands, wie sie in der veröffentlichten Regierungserklärung bereits dargestellt sei, und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung.

Abg. Dr. Heijerich (D. Nat.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Versuch mit Frankreich abgeklärt werde,

Abg. Loenen (Komm.) billigte die Form des Abbruchs des passiven Widerstands. Für die Liquidierung der Ruhrfrage seien eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Sachwertverfassung Voraussetzung gewesen.

Zum Schluß sprach noch Abg. Müller-Franken (Soj.), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufs der Reichsregierung billigte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## v. Aufruf und die Aufgabe des passiven Widerstands.

München, 26. September. Ministerpräsident Knilling legte in der Pressekonferenz seine Stellung bei den Berliner Beratungen über den Abbau des passiven Widerstands dar. Einstimmigkeit herrschte danach darin, daß bei der finanziellen Unmöglichkeit der passiven Widerstand nicht länger fortgesetzt werden könne, allein sei er jedoch geblieben mit seiner Ansicht, daß der Beschluß zur Einstellung des passiven Widerstands nicht der Gegenstand einer Mitteilung oder einer Note an die Einberufungsmächte sein dürfe, sondern innere Angelegenheit des Reiches bleiben müsse. Er habe in Berlin noch die Hoffnung haben können, daß die zweite Forderung Bayerns in einem Aufruf der Reichsregierung zur Verwendung komme, nämlich die Forderung, daß der Berliner Vertrag als gebrochen zu betrachten sei und alle Leistungen ruhen müssen, solange das Reich nicht völlig freie Verfügung über die besetzten Gebiete zurückgewinne. Auch mit dieser Forderung sei er allein geblieben. Schließlich habe er dringend gewarnt, mit dem Aufruf der Reichsregierung gleich wieder die Verhandlungsbereitschaft mit den Einberufungsmächten zum Ausdruck zu bringen; auch damit sei er allein geblieben.

## Das Urteil der ausländischen Presse.

Nachdem die ersten Jubelstimmen der französischen Presse über die Kapitulation Deutschlands im Ruhrgebiet vertraulich sind, macht sich nunmehr in den Spalten der Pariser Zeitungen eine nüchternere Betrachtung der Dinge bemerkbar. Zwar feiern man den unumwundenen Sieg, den der französische Militarismus erfocht. Zuletzt aber wurde der Kampf im Ruhrgebiet um die Erfüllung der Reparationen geführt. Jetzt beginnt man nun bereits zu erwägen, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um die Erfüllung der Reparationen durchzuführen.

Das National schreibt, man tue recht, nicht zu vergessen, daß es sich bei dem Kampf von gestern um finanzielle Ergebnisse gehandelt habe, und daß es gestern wie heute um das Besahen gehe. Als man ins Ruhrgebiet einzog, habe man nicht annehmen, sondern die Reparationen dort finden wollen, die Frankreich geschenkt wurden. In dem Augenblick, in dem die deutsche Regierung auf die Umtriebe verzichtete, die die Reparationen des Jahres 1923 gegenüber den von 1922 um mehr als 75 Prozent verringert hätten, müsse man sich klar sein, wie man die bis jetzt unfruchtbare Belegung fruchtbar machen könne. Diejenigen, die Polnars begünstigsten, daß er sich seit Januar auf keine Verhandlungen eingelassen habe, hätten also das Recht zu hoffen, daß er, durch die Erfahrung gemöhnt, keine Organisationen und Kontrollorgane zulassen werde, die er vorher abgelehnt habe.

Welt Journal schreibt, wenn die Ordnungen zurückgezogen und alles auf den Stand gebracht sei, in dem es sich vor acht Monaten befand, werde Deutschland in der Lage sein, in der es nach dem Waffenstillstand war. Frankreich, das aber in der Lage vom 11. Januar, dem Tage des Einzugs ins Ruhrgebiet, sei, habe jetzt das Problem der Ausbeutung des Wändes, seiner bedingten Rückerstattung sowie die gesamte Reparationsfrage vor sich, und weder das eine noch das andre sei jetzt leichter zu lösen. Frankreich, stark durch sein Prestige und sein unantastbares Recht, sehe nunmehr die Aufgaben seiner Verwaltungstätigkeit wachsen. Deutschland habe kapituliert, es gelte es jetzt zum Zahlen und zur Anerkennung des Friedensvertrags zu bringen.

In einem Artikel des Matin heißt es weiter: Je früher der Reichskanzler aus dem Zustand der Aufsehung gegen den Friedensvertrag heraustritt, um so früher kann er sich an Wert begeben, das wirtschaftliche Leben seines Landes wiederherzustellen, und um so mehr Aussicht hat er, Unruhen zu vermeiden. Das Ruhrgebiet und Rheinland nun wieder produzieren werden und verkaufen können, wird die Lage Deutschlands nicht verschlechtern, sondern verbessern.

Welt Pariser schreibt, die Entscheidung sei um so bedeutsamer, als der Vertreter Berners entgegen gewissen Voraussetzungen mit den andern Staatsministern gestimmt habe. Danach, daß Bayern, das Land des Nationalismus, das Ludendorff eine Zustimmung gegeben habe, sich einverstanden erklärt habe, sei der Umfang der Bewegung zugunsten der Wiederaufnahme harmonischer Beziehungen mit Frankreich und Belgien zu bemessen. Allerdings müsse man hinzufügen, daß die Einstellung des passiven Widerstands nicht bedeute, daß das Einverständnis mit Frankreich und Belgien im Begriffe sei, sich zu vollziehen.

Am Deuore heißt es: Zwar habe Polnars Deutschland auf die Arie gewonnen, man müsse jedoch hinzufügen, daß nach diesem Siege, was die Reparationen anbelange, die Lage Frankreichs weniger gut sei als zu der Zeit, in der Deutschland noch nicht den Bedingungen, Polnars noch nicht wieder Ministerpräsident war.

## England.

Daily Chronicle schreibt: Alle Welt weiß, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands ein tödlicher Schlag sowohl für den britischen Handel als auch für den britischen Wiederaufbau ist. Aber die britischen Interessen sind ignoriert worden. Großbritannien allein hätte den Zusammenbruch verhindern können, und lange Zeit hätten die zentralen Staaten ebenso wie Deutschland auf Bonar Law und Baldwin, die wie Lloyd George gewiß niemals verzeihen für Verteidigung des Friedens, der Ordnung und des höchsten wirtschaftlichen Lebens aufgerufen worden wären. Aber Lord Curzon schreibt nur Noten, die unbedeutend sind. Baldwin ging nach Wiesbaden, und lebermann begnüge zu fragen: Was tut die britische Regierung? Gibt es überhaupt eine britische Regierung? Gibt es irgendeinen Funktionär, der Autorität irgendwelcher Art auf den britischen Inseln hätte, der ein entscheidendes Wort zu äußern wägte, um den Notwendigkeiten der ersten Ausbruch zu geben? Es gab keinen, bis es zu spät war. Es ist ein böser Tag für England und das englische Prestige.

Times erklärt: Da die deutsche Zahlungsfähigkeit durch die französisch-belgische Besetzung verändert ist, müsse man den Siez Polnars als einen Pyrrhusische betrachten. Das Blatt sieht die ersten Hoffnungen aus, daß die französische Regierung mit der geringstmöglichen Verzögerung die konstruktive Seite des Reparationsproblems in Angriff nehmen wird. Die britische Regierung könne nichts Besseres tun, als sich in Gemeinschaft mit ihren Alliierten an die Aufgabe der Erzielung von Reparationen zu machen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege der Erzielung von Reparationen seien durch die französisch-belgischen Maßnahmen keineswegs beseitigt, sondern eher vermehrt worden. Sie hätten jedoch ein interalliiertes Zusammenwirken leichter gemacht. Der Zusammenkunft zwischen Baldwin und Polnars möchte halb eine Verklammerung aller Parteien folgen. Es sei von der äußersten Bedeutung, daß diese bald einen Plan zur Regelung des Reparationsproblems beschließen.

## Italien.

Gegenüber der Aufgabe des passiven Widerstands im Ruhrgebiet ernannt Corriere Italiano, weder eine Aufhebung noch einen Abgang zu erheben, weil die Streikfrage nicht herabgesetzt sei, sondern erst wieder für die bisher Unbestimmten beginne; denn weder England werde sich mit der bisherigen Rolle des Deutschen begnügen, noch Italien eine Regelung der Reparationen oder auch nur den Abschluß eines separaten französisch-deutschen Industrievertrages abgesehen, ohne mitzuarbeiten. Das Blatt

tabell alsbald diejenigen künftigen Wähler, welche ein Zusammengehen mit Frankreich zugunsten gewisser deutscher Industriezweige verlangen, und tabell auch die bis herige deutsche Politik, das Borgehen des Reichskanzlers Stresemann als zweifellos patriotisch und ermahnt die Nationalen, den Glauben an Deutschlands Widerstandskraft und Kulturmission nicht zu verlieren. Schließlich behauptet das Blatt Englands schwankende und schwächliche Politik. Die englischen Staatsmänner seien ihrer hohen Aufgabe nicht gewachsen. Das Blatt schließt mit dem Wunsch, daß Deutschland vom Bürgerkrieg verschont bleiben möge.

### Die Stimmung im Ruhrgebiet.

SPD. Gelsenkirchen, 26. September. Der Beschluß der Reichsregierung, den passiven Widerstand abzurufen, ist erst im Laufe des Mittwochs in den Landorten und den Bergarbeiterdörfern allgemein bekannt geworden. Für weite Kreise war er keine Ueberraschung, da man die Unhaltbarkeit des Zustandes der letzten Wochen durchaus eingeschaut hat. Die Haltung der Regierung wird durchaus gebilligt und gewürdigt. Ein gewisser Mißmut äußert sich hier und da bei den Bevölkerungsteilen, die viel unter der Belastung gelitten haben. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Bevölkerung dem Aufruf der Regierung und dem Rat ihrer bewährten Partei- und Gewerkschaftsführer folgt. Gegen den Abbruch des passiven Widerstandes sind nur die Deutschnationalen und die Kommunisten. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden Parteien alles versuchen werden, um die Bevölkerung gegen die Beschlüsse der Reichsregierung einzunehmen. Wie weit der Erfolg haben, kann natürlich heute noch nicht gesagt werden. Die Deutschnationalen sind im allgemeinen im Herzen des Industriegebietes nicht zahlreich. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus Kreisen, denen die breiten Massen der Bevölkerung von vornherein ablehnend und mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn der Einfluß der Reichsradikalen also im Ruhrgebiet auch nicht weit reicht, so ist doch angesichts der Stimmung möglich, daß sie durch ihre hemmungslose Agitation manchen Wirkung einspielen. Charakteristisch dafür ist die heutige Ausgabe der Allgemeinen Zeitung in Gelsenkirchen. Das Blatt gab sich bisher als völksparteiell aus. Heute ergeht es sich aber in heftigen Angriffen gegen den Beschluß der Reichsregierung und macht Hilfeleistung für den Abbruch des passiven Widerstandes verantwortlich. Schmerzwiegender als die deutschnationale Agitation wird die der Kommunisten sein, wenn auch ein gut Teil der Anhänger der SPD. den Weggang der kommunistischen Zentrale nur widerwillig folgt und innerlich davon überzeugt ist, daß der weitere Widerstand unnütz und ohne Zweck ist.

### Vorbereitungen für den Abbau der Ruhrfront.

SPD. Die Reichsregierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen zum schneellen Abbau der Ruhrfront getroffen. Sie plant u. a. einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen dürften im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung im Verlauf des Donnerstag zu Besprechungen über den Abbau des passiven Widerstandes zusammenzutreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei versammeln sich an diesem Tage in Gelsenkirchen.

Der Reichsverkehrsminister hat einen Erlass veröffentlicht, in dem er dem Reichsbahnpersonal für seine Haltung im Ruhrkampf seinen Dank ausspricht und ankündigt, daß die nötigen Maßnahmen zum Abbruch des Abwehrtampfes noch besonders bekanntgegeben werden.

Mainz, 27. September. (Frankf. Zig.). Die Beamten des Post- und Telegraphenamtes, die im Februar den Dienst eingestellt hatten, werden am 1. Oktober die Arbeit wieder aufnehmen. Nach dem Beispiel von Koblenz wird das Wiesbadener Telegraphenamtsamt am Mittwoch seinen Dienst wieder aufnehmen, nachdem es seit Mitte Februar stillgelegen hat.

III. Frankfurt a. M., 26. September. Wie uns mitgeteilt wird, entstehen die Gerüchte von einer am 1. Oktober eintretenden Grenzsperrung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet jeder Grundlage. An diesem Tage werden lediglich die bisher gültigen Brückenpässe außer Kraft gesetzt und neue ausgeben.

### Der Währungsbanhenswurf vom Kabinett verabschiedet.

SPD. Das Kabinett hat, wie der Sozialdem. Parlamentarier erklärt, am Mittwoch den Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank verabschiedet. Sehr wahrscheinlich wird er bereits am Mittwoch dem Reichsrat zugehen. An dem alten Rentenentwurf wurden wesentliche Änderungen mit dem Ziel vorgenommen, den Einfluß der Wirtschaft aus dem neuen Renteninstitut zu beschränken. Der alte Entwurf gab der Regierung nur das Recht zur Ernennung eines vorläufigen Präsidenten. Der neue Entwurf berechtigt sie, alle maßgebenden Stellen zu besetzen. Daß gerade die Verlesung von großer Wichtigkeit ist, beweist ja die Reichsbank unter der Ära Handstein. Der verabschiedete Plan sieht einen Verwaltungsrat vor, in dem die Wirtschaftsprüfung und auch die Gewerkschaften vertreten sein sollen. Dieser Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor, während der Regierung das Recht bleibt, den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. Um eine größere Sicherheit der neuen Note zu erzielen, ist die Höchstgrenze der Notenumschiffung von 2,5 Milliarden auf 1,2 Milliarden herabgesetzt und die hypothetische Belastung, von 3 auf 4 Prozent erhöht worden. Die Belastung soll nicht mehr nach dem Wechselkurs, der die Reichsmark nicht ersetzen kann, sondern nach der Zwangsanleihe vorgenommen werden. Die Verzinsung wird von 8½ auf 6 Prozent reduziert. Dagegen werden die Kompetenzen der Währungsbank bedeutend erweitert. Der alte Entwurf sah nur bankmäßige Geschäfte mit dem Reich vor. Der jetzige Entwurf gestattet aber auch Geschäfte mit der Reichsbank in der Form, daß die Währungsbank Goldnoten diskontieren darf. Die eigentliche Kreditgewährung bleibt aber, wie auch der alte Entwurf vorsah, ausschließlich der Reichsbank überlassen, die sie nur gegen kurzfristige Warenwechsel vornehmen darf.

Die Demokraten gegen die Bodenwährungsbank. Berlin, 27. September. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nach eingehender Beratung der Vorläufige des Reichsfinanzministeriums über die Schaffung einer Bodenwährungsbank einmütig zur Ablehnung dieses Plans gekommen.

### Steigerung der Kleinhandelspreise um 100 v. H.

Zurückgewandter Blick in den Großhandelspreis. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 24. September auf das 2,5malige der Vorwoche erhöht. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (14,2 Millionen) beträgt somit 97 v. H. Der in der Berichtswache eingetretene Senkung des Dollarkurses sind die Preise der Einfuhrwaren sowie der baumwollig behandelten Ware im allgemeinen gesunken, während die Preise namentlich der animalischen Lebensmittel inländischer Ursprungs sowie die Inlandspreise ihre Aufwärtsbewegung noch fortsetzen. Im Gesamtdurchschnitt ergab die für den 24. September berechnete Kleinhandelsindexziffer das 3,5malige der Vorwoche und verbleibt somit auf dem Stande vom 18. September (2,5 Millionen). Da der Dollarkurs in der gleichen Zeit von 150 Millionen auf 121 Millionen oder um 19,3 v. H. zurückging, hob sich das Goldniveau der Großhandelsindexziffer von 108 Gold auf 125,7 Gold. Im einzelnen hatte sich das Preisniveau der Einfuhrwaren von dem 40,5millionenfachen auf das 44,2millionenfache oder um 10,8 v. H. und dasjenige der Industriestoffe vom 50,5millionen-

fachen auf das 55,3millionenfache des Preisniveaus oder um 6,7 v. H. gehoben, während die Lebensmittel im Großhandel von dem 23,5millionenfachen auf das 26,0millionenfache oder um 10 v. H., sowie die Inlandswaren vom 23,5millionenfachen auf das 24,6millionenfache oder um 4 v. H. anwuchs.

### Weitere Verhandlungen in Thüringen.

SPD. Weimar, 26. September. Am Mittwoch verhandelte die Sozialdemokratie erneut mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung. Nach einer mehrstündigen Sitzung gab die kommunistische Partei die Erklärung ab, daß sie aus Grund der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Anerkennung des Betriebsrätegesetzes und der Bildung proletarischer Hundertschaften außerstande sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie will jedoch die endgültige Entscheidung einem lächelnd einzuberufenden kommunistischen Bezirksparteitag überlassen, der einer Weiterführung von Verhandlungen jedenfalls zustimmen dürfte, wenn die sozialdemokratische Partei bereit sei, auf folgende Forderungen in einem Aufruf gegen die Faschisten klar zu antworten:

1. Ist die SPD bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch gemeinsame sofortige Organisation aller Verkehrskontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schützen?
2. Ist die SPD zu gemeinsamer Propaganda für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Redner beider Parteien für ihn sprechen, bereit?
3. Ist die SPD bereit, gemeinsam Konferenzen der Führer des einheitlichen proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen mit uns einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit uns eine gemeinsame Konferenz der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsens zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayerischen Reaktion und der Durchführung einer gemeinsamen proletarischen Politik einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die faschistische Gefahr zu erlassen?
4. Ist die SPD zu gemeinsamen Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsens gegen Helfer und den Reichsgewerkschaftsbund bereit? Dazu würden gesicherte gemeinsame Zusammenkünfte der Parteien und Regierungen, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Aufruf gegen Helfer.
5. Ist die SPD bereit, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistische Agitation und besonders folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen:  
a) gemeinsamer Aufruf gegen die Kommunistische, wie Verbot kommunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung.  
b) Durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

### Die große politische Aussprache im Reichstage.

III. Berlin, 27. September. Im Reichstage wird die große politische Aussprache, die der Reichstentat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler selbst in dieser Sitzung sprechen wird. Bei den Dispositionen für die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses verbleibt es. Die für heute angesetzte Plenarsitzung wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten werden. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der Währungs- und Bankgesetzgebung und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungs- und Bankgesetz beschäftigen.

### Ein Mitwisser des Scheidemann-Attentats.

Der 23 Jahre alte Student Gerhard Hahn aus Götting, der sich als Mitglied der Brigade Ehrhardt auf den hohenzollernschen Besitzungen aufhielt, hat den jetzt zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Scheidemann-Attentäter, Landwirt Döschinger, nach Begleichung der Tat bei sich mehrere Nächte hindurch aufgenommen. Er war deshalb vor dem Staatsgerichtshof wegen Begünstigung angeklagt. Er gestand dies Vergehen ein und gab auch zu, daß er ihm von dem Attentäter erzählt habe. Er ist ihm von der Brigade Ehrhardt her bekannt. Der Angeklagte hat unter dem Verdacht der Mithäterhaft ein paar Monate in Untersuchungshaft gesessen. Die Ermittlung der Attentäter gegen Scheidemann ist nur dadurch möglich geworden, daß der Attentäter den Scheidemann in einem Wirtshaus geschwätzt hat. Ein jetzt als Kriminalbeamter tätiger Soldat hat darüber Anzeige erstattet. Er, der jetzt als Zeuge vernommen wurde, wollte sich anfangs nicht erinnern können, daß er dem Hahn davon erzählt habe, daß er das Attentat zusammen mit dem Kaufmann Dutter begangen habe. Als ihm aber gesagt wurde, daß der Angeklagte selbst dies zugegeben habe, bequeme er sich dazu, die Möglichkeit zuzugeben, daß er im angegriffenen Zustande davon gesprochen habe.

Der Staatsgerichtshof entschied, daß durch das Republikfluchtgesetz die Bestimmung zum Schutze der Republik aufgehoben sei. Deshalb komme lediglich § 257 des Str.-G.-B. in Betracht, der nur eine Höchststrafe von einem Jahre Gefängnis vorsieht, während die Bestimmung als Höchststrafe fünf Jahre Gefängnis bestimmte. In Rücksicht darauf, daß der Angeklagte aus Freundschaft gehandelt und ein unumwundenes Geldstück abgeliefert hatte, verurteilte der Staatsgerichtshof ihn zu sechs Monaten Gefängnis, wovon drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbleibt gelten.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Sparrmaßnahmen oder Abbau des Berufsbeamtenlums?

M. M. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, besonders die Beamten, stehen seit einiger Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Nicht als Einzelpersonen, sondern als Gesamtheit der Gläubiger bevorrechteter Forderungen für geleistete Arbeit an die öffentlichen Mittel bieten sie die Zielobjekte zahlreicher Angriffe. Da sie aber nicht erst neuerdings zu dieser Gläubigerrolle gekommen sind, muß erst jetzt der Anstoß für diese Auseinandersetzungen gegeben sein. Die traurige Finanzlage des Reichs, die sich bei der finanziellen Abhängigkeit der Länder und Gemeinden auch auf diese auswirkt, ist es gewesen, die die Frage akut werden ließ. Fehlen die nötigen Einnahmen, so muß logischerweise versucht werden, die Ausgaben herabzumindern. Aber wie? Die jetzige Diskussion wird stark beherrscht von dem Standpunkt verschwiegener Interessengruppen. Die Unternehmer bilden dabei die Hauptgruppe. Für sie handelt es sich bei der Diskussion sowohl um Lohn- als auch steuerpolitische Fragen. Lohnpolitische Bedeutung hat die Sache insofern, als jede Herabminderung des Lohnes oder Gehaltes von Arbeitern, Angestellten und Beamten öffentlicher Unternehmungen sich stets auf die Entlohnungshöhe in der Privatindustrie auswirkt. Immer dann, wenn die Bezahlung bei den Behörden hoch war, machte sich unter einem Teil der Arbeitnehmer und besonders bei den qualifizierten der privaten Betriebe das Streben bemerkbar, möglichst in öffentliche Dienste überzutreten. Zahlen dagegen die privaten Betriebe höher, so war das Streben bei den Arbeitnehmern öffentlicher Betriebe vorhanden, möglichst in private Betriebe zurückzutreten. Dazu kommen natürlich die nicht ausschließlichen Vergleiche bei den Tarifverhandlungen, so daß in jeder Weise die wechselseitige Auswirkung gegeben ist. Deutlich genug wird somit das Interesse der Privatbetriebe an niedriger Entlohnung in öffentlichen Unternehmungen darzulegen. Es könnte dies aber auch noch an Hand von Rundschreiben von Unternehmerverbänden nachgewiesen werden.

Steuern politisch sind die bestehenden Kreise insofern interessant, als geringere Ausgaben des Reichs geringere Steuerlasten zeitigen. Und da bei dem Lohnsteuerantrag die arbeitnehmenden Schichten ohnehin der Löwenanteil an den Einnahmen des Reichs aufbringen, wäre mit einer Duldung oder Zustimmung höherer Belastung bei der Arbeiterkassen nicht zu rechnen. Steigerung der Reichseinnahmen würde stärkere Belastung des Vermögens bedeuten. Um dies zu vermeiden, richten die Unternehmer schon seit langer Zeit ihr Augenmerk auf eine mögliche Verminderung der öffentlichen Ausgaben, durch Einschränkung der sozialen und kulturellen Aufwendungen und des Lohn- und Gehaltssteuers. Das letztere glauben sie besonders durch Niedrighaltung der Entlohnungshöhe und durch Personalverminderung zu erreichen.

### Lohnbewegung im Handelsgewerbe.

Vom Verkehrsband wird uns geschrieben: Die Lohnverhandlungen im Groß- und Einzelhandel sind endgültig als gescheitert anzusehen. Unsere Bemühungen, am heutigen Tage nochmals Parteiverhandlungen zustande zu bringen, waren vergebens. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat nunmehr eine unparteiliche Sprachkammer des Schlichtungsausschusses. Der Tag der Verhandlungen steht noch nicht fest. Die Arbeitgeber im Groß- und Einzelhandel werden für die vergangene Woche noch 120000000 M. nachzahlen und in dieser Woche vorläufig 450000000 M. auszahlen. Diese unglaubliche Handlungsweise fordert den schärfsten Protest aller Handelsleute heraus. Zu diesem Zwecke findet am Freitag, dem 28. September, nachmittags 1/4 Uhr, eine Protestversammlung im Volkshausgarten statt, zu der alle arbeitenden, kurzarbeitenden und vollbeschäftigten Handelsarbeiter geladen sind. Für den Einzelhandel und Rohproduktengewerbe sind die Tarife fertiggestellt und können im Verbandsbureau abgeholt werden. Die Verhandlungen im Holzhandels sind ebenfalls gescheitert; vorbehaltlich der Entscheidung des Schlichtungsausschusses werden für die laufende Woche 16000000 M. Stundenlohn gezahlt.

Wäsche und Stickerie! Für die Zeit vom 22. bis 28. September 1923 beträgt der Spitzenlohn 15880 M. Freitag, dem 28. September, abends 1/6 Uhr, findet im Volkshaus Versammlung statt. Es ist Pflicht aller dieser Branchen angehörigen Mitglieder zu erscheinen. Deutscher Betriebsarbeiterverband.

Wasperung. Da die Arbeiterkassen der Howaldtwerke in Kiel wegen Entlassung eines Arbeiters die Arbeit niedergelegt hatte, sperren die Howaldt-Werke heute 2700 Mann aus. Es ist die fast die ganze Belegschaft.

Holzarbeiter. Am Freitag, dem 28. September, können für alle Branchen außer der Holzindustrie Lohnabkommen abgeholt werden. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Mustarbeiterinnen! Die Firma Blohm, Fabrik für Rotentrollen, Leipzig, Fichtestraße, Fabrikgebäude Turmweg, ist eine Firma, welche stets versucht, sich um die Bezahlung von Tarifforderungen zu drücken. Wiederholt hat deshalb der Holzarbeiterverband dort nachgeholfen müssen. Mitte September, als die Arbeiterinnen bereits einige Zeit nur drei Tage in der Woche arbeiteten, forderten dieselben energisch die Bezahlung der Tarifforderungen. Die Tarifforderungen wurden daraufhin gezahlt, die Arbeiterinnen aber sofort entlassen. Grund: Arbeitsmangel. Seit einiger Zeit befindet sich im Betrieb ein Kausstreifer namens Gustav Trepte, seines Zeichens Zigarrenhändler, Süßstraße 36 Wusthof, welcher von jeder unter Tarif arbeitete, was er als Doppelverdiener ja sehr gut fand. Trotzdem die Arbeiterinnen, welche auf ihren Verdienst zum Lebensunterhalt angewiesen sind, kurz arbeiteten, arbeitete dieser Herr voll. Wir empfehlen der Arbeiterkassen, diesem Herrn als Zigarrenhändler die nötige Beachtung zu schenken. Der Betrieb Blohm ist für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Deutscher Holzarbeiterverband.

Gegen Feuerschichten und Entlassungen. Eine aus den Revieren Halle, Nordhausen, Hildesheim, Zell und Senftenberg besuchte Konferenz von Arbeitervertretern aus dem Braunkohlenbergbau nahm mit 90 gegen 2 Stimmen eine Entscheidung an, die die Feuerschichten und Entlassungen verurteilt und die Erzwingung der Durchführung der nicht erfüllten Schiedsprüfung verlangt, widrigenfalls eine scharf einschneidende Vollkonferenz für ganz Mitteldeutschland entscheidende Beschlüsse fassen soll. Die Reichsregierung wird zum Abbau der Kohlensteuer zugunsten der Bergarbeiterlöhne aufgefordert.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Blutige Zusammenstöße in Annaberg. Dresden, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) In Annaberg ist es in der Nacht zum Donnerstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsradikalen und der Arbeiterkassen gekommen, wobei ein Toter, 5 Schwerver- und 20 Leichtverletzte zu beklagen sind. Ein Aufruf der Reichsradikalen am 22. September, 11 Uhr nachts auf dem Markt hatte die Arbeiterkassen erregt. Da die Reichsradikalen am Mittwoch wieder eine Versammlung abhalten wollten und mit Taktlosigkeit gegen die Arbeiter drohten, sammelten sich die Arbeiter von Annaberg und den umliegenden Orten am Mittwoch abend, um die Versammlung der Reichsradikalen zu verhindern. Der Rat der Stadt hatte am Nachmittag deren Versammlung verboten. Trotzdem sammelten sich erregte Reichsradikale und Arbeiter auf dem Marktplatz. Der anwesende Regierungskommissar versuchte durch Verhandlungen den Aufruch der Truppen zu erzielen, was ihm auch gelang. Indes kam es nach Aufruch aus dem Stadtkern in den Außenvierteln zu Zusammenstößen und Schlägereien, wobei es sechs ansehnliche Verletzte gab. Ein Generalerevolutenmando von 30 Mann bewachte sich, die Streitenden auseinanderzubringen, indes kam es gegen Mitternacht außerhalb der Stadt am Pöhlberg zu neuen Zusammenstößen und Schießereien zwischen Reichsradikalen und Arbeitern. Das unübersichtliche Waldgelände erschwerte das Eingreifen der Polizei. Nach Mitternacht trat Ruhe ein. Bis jetzt sind 1 Toter, 5 Schwerver- und 20 Leichtverletzte festgestellt. Die Polizei hat die Waffen nicht gebraucht und hat keine Verletzten zu verzeichnen.

### Von Nah und Fern.

Eine ganze Wohnung ausgeraubt. Hamburg, 26. September. Wie die Abendblätter melden, drangen gestern abend in die Wohnung der Familie Woppe in Dalkedde mehrere Räuber mit dem Rufe Hände hoch! ein. Die aus acht Personen bestehende Familie wurde gefesselt und in den Keller eingesperrt. Darauf wurde die ganze Wohnung ausgeraubt. Die Sachen wurden mit einem Auto fortgeschafft. Die Räuber, die vorher die Telefonleitung zerstört hatten, waren etwa 8 Stunden in der Wohnung tätig. 6000 Zentner Mehl und Getreide verbrannt. Finsterwalde, 25. September. In der vergangenen Nacht ist die Dampfmühle in Wilkau mit 6000 Zentnern Getreide und Mehl niedergebrannt. Die Opfer des Erdbebens in Persien. London, 25. Sept. Reuter meldet aus Teheran: In Budjurd (Provinz Chorasän) wurden durch das Erdbeben am Donnerstag mehrere Dörfer völlig zerstört, 123 Menschen getötet und etwa 100 verwundet. Die Erdstöße dauern noch an. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Dupe Seyffardt in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Telephon 20237.  
Strassburgers  
**C3-Masten-Circus**  
mit 2 Managen.  
Tägliche 7-11 Uhr!  
Täglich 10-11 Uhr:  
Tiersch. u. Prob.  
Billets:  
Warenh. Alt-  
hoff, Theaterk.,  
u. Circusbes.  
10-11 1 Stunde  
vor Beginn.  
Naturalien  
F. 1/4 Ztr. Hafer  
od. and. Getr.  
verkauft wir  
4 gut. Mittelf.

**Nestler**  
meistens  
**50%**  
unter Tagespreis!  
**Wachstuche la**  
Küchen-Linoleum  
**Tischdecken**  
viele Größen  
und Farben,  
lebt gern gekauft.  
Mappen, Marktaschen  
für Schule und Beruf  
in Leder od.  
**Kinder-Schürzen**  
in Leder od.  
**Bettelbögen**  
**Windel-Höschen**  
feinster Gummi  
**Tapeten**  
noch sehr billig.  
Beste Empfehlungen überall.

**Bernhard Nestler**  
Eisenbahnstr. 99  
(s. d. Elisabethstr.)  
**Uhren-**  
und Schmuckw.  
Lager  
an Wism.  
arsm. u.  
Del. Repar. Inhalt  
2. Jahrgang.  
**Kann Heider**  
Uhrmacher, Leinw.  
Str. 10, Tel. 26379.

**Reformbetten-**  
**Rockstroh**  
Spez.-Etagengeschäft  
Inselstr. 5, III.  
Preisw. Qualitäten  
Reich. Materialien.

**Damentaschen**  
Hochelegant. Neuheiten  
Solide Qualitätsware  
Direkter Verkauf ab Fabrik!  
Eigene Fabrikation und  
Reparaturwerkstatt.  
Größte Auswahl!  
**Karl Blau** Windmühlenstr. 32  
Tauscher Straße 16

**Günst. Angebot!**  
Feinere Damen-  
**Kleider**  
**Blusen**  
**Röcke**  
**Muster**  
**Mäntel**  
**Weigler**  
Windmühlstr. 31

**Extra-Angebot!**  
Wir verkaufen, solange Vorrat reicht  
Einen  
Posten  
**Stoffe 50 Mill.**  
140 cm breit  
Meter nur  
geeignet für Kostüme und Anzüge  
Ferner kaufen Sie **sehr preiswert**  
**Kammgarn, Cheviot, Covercoat, Hosenstreifen.**  
**Mantel-, Fausch- und Lodenstoffe. Große Auswahl.**  
Zahlungserleichterung wird gewährt.  
**Textilhaus Bergstr. 32**  
Volkmarzdorf. Tel. 61142.

**Aufruf.**  
Ich rufe hiermit die von mir  
ausgegebenen und vom Reichs-  
finanzminister genehmigten über  
je eine und zwei Millionen Mark  
lautenden, mit dem Aufdruck  
„Gültig bis 30. 9. 23“ ver-  
sehenen Gutscheine zur Ein-  
lösung bis 30. 10. 23 auf. Ihre  
Einlösung erfolgt durch die All-  
gemeine Deutsche Creditanstalt,  
Leipzig, oder durch meine Haupt-  
kasse Leipzig, Querstraße 16,  
werktaglich 8-1 Uhr.  
Die sämtlichen von mir  
in Umlauf gebrachten Guts-  
cheine verlieren am 31. 10.  
1923 ihre Gültigkeit.  
Leipzig, 27. 9. 1923.  
**F. A. Brockhaus.**

**Herren - Garderobe**  
in großer Auswahl.  
**Winterpaletot, Ulster, Schlüpfer,**  
**Anzüge, Cutaway, Hosen,**  
**Gummimäntel**  
in sehr guten Qualitäten  
**zu bekannt billigen Preisen.**  
Um meiner Kundschaft den Ein-  
kauf zu erleichtern, hebe bei An-  
zahlung Sachen bis 6 Wochen auf.  
**J. Kindermann**  
Neumarkt 1, I. Etage, Kein Laden.  
Seit 43 Jahren bestehend.  
Beilichtung ohne Kaufzwang erbeten.

**Damen- u. Herren-**  
**Markenräder**  
direkt ab Werk  
in sämtlichen Ausführungen stets  
am Platze  
**Fahzeugfabrik**  
**W. Preißer**  
L.-Roudnitz, Margaretenstr. 6  
(Fabrikgebäude 1. rechts).

**Deutscher Verkehrsbund**  
Verwaltungsstelle Leipzig  
Telephon 70411, 71231, 16050  
**Freitag, den 28. September 1923**  
nachmittags 1/4 4 Uhr  
**Handelsarbeiter - Protestversammlung**  
im Garten des Volkshauses.  
Zu dieser Versammlung sind alle  
arbeitslosen, kurzarbeitenden und voll-  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiter-  
innen im Groß- und Einzelhandel  
geladen.

**+Frauen+**  
Nativ in all. Frauen-  
angelegenheiten.  
**Supplente Heibel**  
Kroten, See  
Gummisachen  
billiger als 1. Rab.  
Wustunftkostenlos  
von 3-7 Uhr  
Verkaufszeit u. 8-7  
**Gummi-Grat**  
Leipzig, Neumarkt 5  
(Kein Laden)

**Familien-Nachrichten**  
Nach langem schwerem Leiden verchied  
am Dienstag, 25. September, im Alter  
von 20 Jahren, unsere liebe gute Tochter,  
Schwester und Schwägerin  
**Elise Heinrich**  
L. Gohlts, Köthner Straße 9.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung am 29. 9. 1/4 11 Uhr Gohl Friedh.

Am Dienstag, 25. September, ver-  
chied nach längerem Leiden im  
73. Lebensjahre unser lieber guter  
Vater, der Schmied  
**Reinhard Martin**  
Dies seinen Freunden und Be-  
kannten hierdurch tiefbetrübt an.  
L. Gohlts, 26. September 1923  
St. Privatstraße 14, II  
**Paul Martin**  
im Namen sämtl. Hinterbliebenen.  
Die Einäscherung erfolgt Sonn-  
abend 29. September, vorm. 11 Uhr

**Möbel**  
gegen Teilzahlung  
**Gem. Deutsche Hausratwerke**  
G. m. b. H., Querstraße 21/23, I.

**Die höchsten Preise**  
zahlt nach wie vor für  
ausgezeichnete, einwandfreie  
**Frauenhaare**  
die **Deutsche Haarfabrik**  
Windmühlenstr. 2, Laden Ecke Königspl.  
Abonnenten berücksichtigt bei euren Ein-  
käufen stets Inserenten der  
Leipziger Volkszeitung

**KLEINER ANZEIGER**

**Verkäufe**  
H. Hill, Kleid., Blus.,  
Röcke vert. Bayerische  
Str. nur 13, I.  
**Sämtliche**  
**Herren-**  
**Garderobe**  
kauft Sie wirtl. prsw.  
bei **Hahn,**  
Johannis-  
platz 8  
(hinten der  
Küche), Zahlungs-  
erleichterung.

**Damen-**  
Mäntel  
Kostüme  
Kleider  
Röcke  
Blusen  
**Herren-**  
Anzüge  
Schlüpfer  
Cutaways  
Hosen  
Gummi-Mäntel  
wert. billigst bei  
Zahlungserleichterung,  
ohne Vorauszahlung  
**K. Hertlein**  
Eisenbahn-33 II.  
straße 33 II.

Sie kaufen noch sehr preiswert  
**Stoff-**  
**Manchester Anzüge**  
**Pilot-, Sport-**  
**Militär- Hosen**  
Jagd-  
Schiffleinen- **Joppen** für Sommer  
u. **Gummi-Mäntel**  
bei **Gebrüder Sprung**  
Windmühlenstraße 43 Gerberstraße 16  
Eisenbahnstraße 64.  
Telephon 26390.

**Zaunmaterial**  
**Brennholz**  
Holzplatz Leipzig-Wahren, Mühlentorstr. 23.

**Wollwarenhaus**  
**Woll-Winkler**  
Nürnberger Strasse 40  
**Jumper-Fabrik**  
Billigste Bezugsquelle.  
Wertbeständige Anzahlg.

**KAUF HAUS**  
**BRÜHL**  
G. m. b. H.  
**Lebensmittel**  
zu den  
**niedrigsten**  
**Tagespreisen**

**Teilzahlung**  
Bettwäsche, Damenwäsche,  
Inlett, Gardinen, Handtücher,  
Barchent, Normalhemden,  
Einfahhemden, Barchent-  
hemden, Unterhosen,  
Kleiderstoffe, Röcke, Blusen,  
Kinderkleider, Juniper,  
Hosen und Joppen.  
**B. Krieger**  
Tauscher  
Straße 48.

**Reisemuster.**  
Staubend billiger  
Verkauf in Blusen,  
Röcken, Kleider,  
Körnerplatz 5, I. I.  
**Gummimäntel**  
Anzüge  
Winterschlüpfer  
Käte Thleme  
Sporergasse 10, I.

**Überzeugen Sie sich!**  
Besonders preiswert:  
**Herren - Anzüge, Regen - Mäntel**  
**Arbeits-, Sport- u. Manch. - Hosen**  
**Berufskleidung**  
**Feldschuh,** Peterssteinweg 2!  
Telephon 25102.  
Riße, Kleider, b. Nähmasch., gutn. uf.  
St., Schmeißstr. 7, Moth, Svanstr. 22

**Die Damen-**  
**Herren- Sportweste**  
passend für Sport, Beruf u. Haus, empfiehlt  
zu billigsten Preisen bei größter Auswahl  
**Borgmann, Pfaffendorfer Str. 5!!**

**Kaufgesuche**  
Gebr. Planos u. Flügel  
Hug & Co., Schulstr. 3.  
Alte und defekte  
**Uhren jeder Art**  
kauft H. Bernhardt,  
So., Elisabethstr. 22.  
Leim, Schell, Firn, Benz,  
fit. Rollfeldstr. 80, I. I.

**Zickel- und**  
**Ziegenfelle**  
kauft bei reeller  
Abnahme für  
Leberfabriken  
**J. & G. Feldmann**  
Felle an gros  
Reichstr. 19/20.

**Schalwolle**  
gem. u. ungew. fauft  
**Weigler,** Wind- 31  
mühlenstr. 31  
Telephon 18299.  
Auch Tausch geg. Garn.

**Zur Beachtung!**  
Für unsere Abonnenten!  
Bis auf weiteres gewähren  
wir unseren Abonnenten  
gegen Vorzahlung der  
Quittung bei Aufgabe  
eines Klein. Gelegenheits-  
inserates einen **Nachlaß**  
von einer Million pro Zeile.  
Wenn Sie also etwas zu verkaufen  
haben oder etwas zu kaufen suchen,  
so benutzen Sie diese Gelegenheit.  
**Inseratenabteilung der**  
**Leipziger Volkszeitung**

**Inserate**  
für die fällige  
Nummer be-  
stimmt erbit-  
ten bis spä-  
test 9 Uhr vormittags  
am **Erdscheidungsstag**  
**Wohnungen**  
**Stadttausch!**  
Wer zieht nach  
Hartenbrunn?  
Kleine Wohnung im  
Tauschwege, Off. u.  
D. 271 an Filiale  
Elisabethstr. 19.

**Achtung! Hausfrauen! Schneider!**  
Kaufte Zeitungen, Bücher, Wäsche,  
Pumpen, Neusch-Abfälle usw.  
**Steinbrecher, L.-Gohlts**  
Lindenthaler Str. 36  
Telephon 51283

**Alte Trauringe, Alte Zahngebisse**  
Erlauten, Platin, Gold- u. Silberwaren und Doublet kautt  
Juwel. Fritz Pflugger  
**Edelmetall-Verwertung Leipzig, Johannisplatz 19**  
Telephon 29570.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. September.

Parteibeitrag im Bezirk Leipzig.

Parteilagen! Durch die katastrophale Geldentwertung hat sich der Bezirksvorstand der B.S.P.D. veranlaßt gesehen, mit Beginn des neuen Quartals, ab 1. Oktober 1923 die Beitragsleistung auf eine andre Grundlage zu stellen und den Parteibeitrag wöchentlich festzusetzen.

Der Beitrag beträgt für die 40. Woche (30. September bis 6. Oktober) 3000000 M. für männliche Mitglieder, 1000000 M. für weibliche Mitglieder.

Die wöchentliche Beitragshöhe wird jede Woche freitags in der Leipziger Volkszeitung, in der Volkszeitung für das Muldental und in der Chemnitzer Volksstimme bekanntgegeben.

Wir ersuchen unsere Parteimitglieder und insbesondere auch unsere Ortsvereins- und Beitragsfasserer, die Zeitung wegen der Höhe des Beitrages regelmäßig zu beachten.

B.S.P.D. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Städtische Gemeindevertreter, Stadträte, Beamte und Lehrer.

Sonntag, den 30. September, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus (Gartenaal), Vortrag des Genossen Liebmann über: Die praktische Auswirkung der neuen Gemeindeordnung in der Kommunalpolitik.

Funktionäre.

Bezirk Oken. Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr, Vertrauensmännerversammlung in der Bibliothek.

Moskau. Abends 8 Uhr im Raitellier.

Schönefeld. 8 Uhr in der Bibliothek. Alle Genossen und Genossinnen, die zur Wahl mitwirken wollen, sind zu dieser Sitzung mit geladen.

Elternräte.

Obste, die Zimmer sind genehmigt, setzt euch sofort betz. Tag und Stunde der Benutzung mit der Schulleitung wie mit dem betz. Herrn Lehrer in Verbindung.

Kindergruppen.

Schönefeld. Jeden Donnerstag von 5 Uhr an: Spiseln im alten Schulhofe. Dienstag, den 2. Oktober: Tagesausflug nach den Parthenbüchern. Abmarsch um 8 Uhr von der Filiale. Mundvorrat mitbringen.

Wie das Bürgerium städtische Gelder spart.

Die Besucher der Stadtverordnetenversammlung belagerten gestern einen drahtlosen Anschauungsunterricht von der Rücksichtslosigkeit und Unbedenklichkeit, mit der das Bürgerium unbedarft um Finanznot der Stadt und Elend der Massen auf Kosten der Steuerzahler seine Klasseninteressen den Bedürfnissen der Stadtgemeinde überordnet.

Das Schulgeld an den höheren Schulen auf 100 000 M. für September festsetzen und im Oktober den staatlichen Schulgebühren anpassen.

Die Genossen Seyffand und Böhlert wiesen darauf hin, daß eine Witwe, die ihr Kind in den Kindergarten geben muß, weil sie auf Arbeit geht, wöchentlich 4 Millionen zahlen muß.

Unterstützung privater Handelsschulen unser Genosse Böhlert den Antrag stellte, in Anbetracht der ungunstigen Finanzlage der Stadt die weitere Unterstützung der Privatschulen sofort einzustellen.

Obgleich Genosse Böhlert eindringlich dem Plenum vor Augen führte, daß die Aufrechterhaltung privater Schulen nicht im öffentlichen Interesse liege, daß jetzt, wo auf allen Gebieten geparkt wird, wo wichtigste Anstalten und Betriebe gedroht werden sollen, das Geld der Steuerzahler nicht für Klassenschulen ausgegeben werden darf, scherte sich das Bürgerium den Teufel um öffentliche Interessen und finanzielle Not.

Sparmaßnahmen bei der Schulsreinigung für angebracht. Er will in den Michaelisferien die Schulen nicht gründlich reinigen, sondern nur lehren und öfen lassen.

Zwei Eingaben des Lehrervereins und des Schulbezirks forderten die übliche gründliche Reinigung. Genosse Böhlert trat für Berücksichtigung dieser Eingaben ein, da bei dem schlechten Gesundheitszustand unserer unterernährten Schulkinder eine gründliche Reinigung die wahre Sparmaßnahme sei.

liche Reinigung die wahre Sparmaßnahme sei. Wenn man den Besthenden Milliarden schenke, solle man nicht bei den Proletariatskindern sparen.

Da brachte es der Demokrat Prof. Herz, der eben noch für die Klassenschulen Milliarden bewilligt hatte, fertig, sich darüber zu entrichten, daß Böhlert die Volksschulkinder nach Klassen sondere! Auch der Deutschnationale Köllig fühlte sich ebenfalls durch die Feststellung untröstlich getroffen.

Eine Kostandsdebatte. Zur Verhandlung stand die Rückführung des Rates auf die Beschlüsse der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 15. August d. J. (Lebensmittelpreisen, Arbeitslosen- und Fürsorgeunterstützung, Kostandsarbeiten usw.)

Das Kollegium lehnt die Kenntnisnahme von der Antwort des Rates und dem Schreiben an das Wirtschaftsministerium ab und ersucht den Rat.

- 1. bei Reich und Staat Mittel zur Verbilligung von Nahrungsmitteln für bedürftige Säuglinge, Kleinkinder, werdende und stillende Mütter, Alte und Kranke anzufordern und städtische Mittel mehr als bisher zu dem gleichen Zweck bereitzustellen,
2. die Schülerleistungen auf alle unterernährten bedürftigen Schulkinder auszuweiten,
3. den Erwerbslosen, Fürsorgeempfängern, Sozial- und Kleinstrentnern verbilligte Lebensmittel zuzustellen zu lassen,
4. die Leipziger kapitalträchtigen Kreise aufzufordern, der Stadt zu diesem Zwecke Kredite zinslos zur Verfügung zu stellen,
5. Kostandsarbeiten unter Zuhilfenahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge in möglichst großem Umfange in Angriff zu nehmen.

Das Referat erstattet Stadtv. Kirmse (Wirtsch. Fr.) Genosse Mahner über im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion herbe Kritik an der Haltung des Rates.

Die unentwegte „Demokrat“ Frau Mendelssohn-Bartholdy erklärte für ihre Fraktion, daß sie gegen die verweigerte Kenntnisnahme stimmen werde, womit sie also dem Rate ihr Vertrauen ausdrückt.

Die Kommunisten als einzige Stütze der Blindenblinder und des Konfessionsrats! Lieber sah suchte es bei Beratung des Kontos „Aufwand für Kunst und Wissenschaft“ so darzustellen, als ob die Stadt diesen beiden Instituten gegenüber völlig verlagert hätte.

Eine erstklassige Varietëvorstellung mit kolossalem Lächerfolg gaben die bürgerlichen Vertreter bei Beratung des Kontos der Beiträge für gemeinnützige Zwecke.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Das Bürgerium hat der Unterermiete für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

Die gesetzliche Miete ab 1. Oktober.

Wir haben bereits den Beschluß der Kreishauptmannschaft mitgeteilt. Der Rat macht jetzt auf Grund dieser Entschcheidung bekannt, daß die Zuschläge zur Grundmiete mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an wie folgt neu festgelegt wurden:

2 Grundmieten für Zinsendienst, 899 997 Grundmieten für Betriebskosten, für den Verwaltungsaufwand des Vermieters 22 000 Grundmieten, die in den Betriebskosten mit enthalten sind, 400 000 Grundmieten für laufende Instandsetzungsarbeiten, 80 000 Grundmieten für große Instandsetzungsarbeiten.

Es muß überall die monatliche Mietzahlung erhöht werden. Die Berechnung der Mieten ist ganz einfach. Der vierteljährlich bezahlten will und bezahlen kann, der rechnet 345 000 mal Grundmiete. Betrag diese für das Jahr 300 M., so ist vierteljährlich an Miete der Betrag von 103 500 000 M. zu entrichten.

Die Verordnung über die monatliche Mietzahlung

die der sächsische Justizminister am 15. September 1923 erlassen hat, lautet: „Zur Ausführung des Gesetzes über Mietverhältnisse und Mietverhältnisse vom 1. Juni 1923 wird im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — weiter folgendes bestimmt: Zu § 30 Abs. 2. In den Fällen, in denen die gesetzliche Miete gilt, ist sowohl der Vermieter wie der Mieter berechtigt zu verlangen, daß der Mietzins in monatlichen Raten gezahlt wird.“

Die gesetzliche Untermiete ab 1. Oktober.

Der Rat gibt folgende Bestimmungen über die Berechnungen der Untermiete ab 1. Oktober bekannt.

I. Vermietung leerer Räume.

1. Der Untermieter hat für die leeren Räume von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

2. Ist eine Wohnung mit Zweiteilung unterteilt, so ist die Vergütung für die dem Einquartierten überlassenen Räume entsprechend den Bestimmungen in Absatz 1 zu bemessen. Der Zuschlag von 25 bzw. 50 vom Hundert fällt jedoch weg, wenn die dem Einquartierten überlassenen Räume von der Wohnung des Wohnungsinhabers völlig abgetrennt sind, so daß der Einquartierte Räume dieser Wohnung nicht mit benutzt.

II. Vermietung eingerichteter (möblierter) Räume.

1. Unter eingerichteten (möblierten) Mieträumen im Sinne dieser Bestimmungen sind nur solche Mieträume zu verstehen, welche die bei eingerichteten Mieträumen üblichen Einrichtungsgegenstände enthalten. Der Untermieter kann jederzeit beim Wohnungsbesitzer, Raubausring 7, Erdgeschoss rechts, beantragen, daß festgestellt werde, ob die Mieträume als eingerichtet anzusehen sind oder nicht.

2. Bei der Berechnung der gesetzlichen Untermiete für eingerichtete Räume ist von dem Betrag auszugehen, der als Mietpreis für die eingerichteten Räume im jetzigen Zustand am 1. Juli 1914 angemessen gewesen wäre (Friedensmiete). Für die Festsetzung der Höhe dieser Friedensmiete gelten die Vorschriften in § 2 des Reichsmietengesetzes. Diese Friedensmiete ist um 1/10 zu kürzen. Die verbleibenden 9/10 der Friedensmiete sind mit einem Multiplikator zu vervielfältigen. Der dabei sich ergebende Betrag bildet den vom Untermieter zu zahlenden Grundpreis. Für den Monat Oktober 1923 beträgt der Multiplikator 14 000 000.

Beispiel: Friedensmiete 20 M., gekürzt um 1/10 bleiben 18 M., diese mit 14 000 000 vervielfältigt, ergibt 84 000 000 M. (Grundpreis).

3. Außerdem hat der Untermieter für den leeren Raum von der Gesamtmiere der Wohnung den Betrag zu zahlen, der nach dem Verhältnis der Unterermietfläche zur Gesamtmierefläche ausschließlich Nebenräumen, wie Vorksaal, Bad, Klosett, Keller und Boden, auf ihn entfällt.

4. Bei Untervermietung eines eingerichteten Raumes an mehr als eine Person erhöht sich der Grundpreis (II, Abs. 2) für jede weitere Person um 1/10.

III. Bettwäsche.

In dem Grundpreis (II, Abs. 2) ist die Vergabe von Bettwäsche und Handtüchern seitens des Vermieters inbegriffen. Werden Bettwäsche und Handtücher vom Vermieter nicht hergegeben, so vermindert sich der Grundpreis um 1/10.

IV. Bedienung.

Das Entgelt für die Bedienung (Arbeitsleistung und Material) ist in dem Grundpreis (II, Abs. 2) inbegriffen und gilt, wenn an eine Person vermietet ist. Zur Bedienung gehören das Reinigen der Mieträume, das Reinigen von Kleibern und das Putzen von täglich einem Paar Stiefel. Ist ein Raum an mehr als eine Person untervermietet, so erhöht sich der Grundpreis (II, Abs. 2) für jede weitere Person um 1/10. Ist Bedienung nicht vereinbart, so vermindert sich der Grundpreis (II, Abs. 2) um 1/10.

V. Küchenbenutzung.

Falls Küchenbenutzung mit vereinbart wird, sind dafür drei Viertel des Betrags zu zahlen, der von der Gesamtmiere der Wohnung auf die Küche entsprechend ihrem Verhältnis zum gesamten Flächenraum der Wohnung entfällt. Als Küchenbenutzung der Küche ist anzusehen ihre Benutzung zur Zubereitung der Mahlzeiten und zum Aufwachen von Geschirr. Die Entnahme von Wasser in der Küche und die Benutzung des Küchenausgusses ist dem Untermieter zu gestatten, ohne daß dafür eine besondere Vergütung gefordert werden kann.

VI. Besondere Leistungen.

Für besondere Leistungen, wie Lieferung von Kräftstift, Heizstoffen, elektrischem Licht, Gas usw., sind vorbehaltlich besonderer Vereinbarung die Selbstkosten zu vergüten. Die jeweiligen Preise für die Brennstoffe und Gas sowie elektrisches Licht werden von Zeit zu Zeit bekanntgemacht.

VII.

Hat der Hauptmieter der Wohnung Nachzahlungen für Betriebskosten oder laufende Instandsetzungsarbeiten zu leisten oder

hat er Wohnungsbauabgabe oder Beiträge zum Ausgelschuldens... oder Dünngeldabgabe zu zahlen, so hat dazu der Untermieter... nach dem Verhältnis der Mietzinsen, in dem die Untermietfläche zur Gesamtmietsfläche ausschlaggebend ist...

Innere Geldentwertung am 26. September

Gemessen an der Teuerungszahl des Statistischen Amtes Leipzig: seit 24. 9. 1923, 21. 9. 42 Proz., 19. 9. 68 Proz., 17. 9. 104 Proz., 13. 9. 201 Proz., 10. 9. 657 Proz., 8. 9. 1470 Proz., 3. 9. 1906 Prozent.

Die Arbeiterpresse in Ost.

Die kommunistische Presse erhält, wie die gesamte kommunistische Bewegung in Deutschland, sehr erhebliche Subsidien von der russischen Regierung. Trotzdem befindet sie sich in einer Notlage. Deshalb wendet sich der Verlag der Sächsischen Arbeiterzeitung an die Kommunisten und an die „Sympathisierenden“ mit dem Ersuchen, eine Papieranteile im Betrage von 5 Millionen Mark zu zahlen...

Nachzahlungen für Häftlinge Aufseher. Alle städtischen Aufseher...

gehalt- und Ruhegeldempfänger und alle Hinterbliebenen von städtischen Beamten und Arbeitern können am 27. d. M. bei ihren Zahlstellen eine Nachzahlung erheben.

Schule für Wirtschaft und Berufung. Die Fortbildungskurse...

beginnen wie der Rat... für den Herbstkursus (GWB-Haus) Dienstag, den 2. Oktober, für den Abendkursus Montag, den 1. Oktober (Sozialpädagogisches Frauenseminar), beide um 7 Uhr früh bzw. abends. Ein neuer Abendlehrgang beginnt Anfang November...

Arbeiter- und Stenographen. Am Freitag, den 27. d. M.,...

abends 7 Uhr. Die Fortbildungskurse... im Zentraltheater Professor Dr. Wagner, Dresden, über „Stätten der Arbeit“.

Aus der Umgebung.

Die Vorgänge in Wiederitzsch.

Wom Regierungskommissar Werther wird uns geschrieben: In verschiedenen Presseberichten, insbesondere in dem Bericht des Stahlhelms wird behauptet, daß die Abhaltung einer Feier im Saale des Alten Gasthofs erlaubt gewesen sei...

Wiederitzsch. Die Stahlhelmeute in Wiederitzsch schenken...

mit dem Resultat ihres bisherigen Treibens noch nicht zufrieden zu sein. Während aus den blutigen Vorgängen klar hervorgeht, daß die Schuld des Blutvergießens durch das verbotswidrige Verhalten dieser rechtsradikalen Ausschussorganisation entstanden ist...

weiterhin von dieser Gesellschaft bedroht und verfolgt werden, zeigt folgendes Beispiel:

Am Dienstag wurde auf dem Wege zum Gemeindeamt unser Genosse Hugo Krone von zwei Stahlhelmen, und zwar vom Briefträger Hauße und dem bekanten Stahlhelm-Militär aus den Dutzerten bedrängt und bedroht, indem sie ihm zuriefen: „Dreh dich um, du Klappschwanz! Das Blutvergießen am Sonntag an unsern Brüdern fällt dir auf dem Gewissen. Wir werden es dir schon anrechnen, an die werden wir uns gehörig rächen. Du hast die ganze Sache gegen uns organisiert!“

Die Arbeiterschaft hat es bisher vermieden, politische Angelegenheiten persönlich auszutragen. Aber diese Kreise sollen sich nicht küssen, wenn mit gleichen Mitteln in der Notwehr geantwortet wird...

Sächsische Angelegenheiten.

Gesler verbietet die Dresdner Volkszeitung.

Wie der Dresdner Volkszeitung mitgeteilt wird, ist auf dem Truppenübungsplatz in Rönigsbrunn und jedenfalls auch anderwärts folgendes Schriftstück ausgehängt:

Divisions-Tagesbefehl 440, Stadtbefehl 24. 9. 1923. Auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes verbiete ich die Dresdner Volkszeitung für alle Soldaten der Wehrmacht. Der Reichswehrminister.

Man sagt sich unwillkürlich bei dem Lesen dieses neuesten Geneskriches des Herrn Gesler an den Kopf und fragt, ob es überhaupt möglich ist, daß ein demokratischer Reichswehrminister ein Blatt verbieten kann, das sich täglich in seinen Spalten für die Erhaltung der republikanischen Staatsform einsetzt...

Blutige Unruhen in Jittau.

Die Unruhen in Jittau, die am Montag ihren Anfang nahmen, veranlaßt durch Erwerbslose, die unter dem Einfluß der Unkonflikte stehen, haben am Dienstag eine nie gekannte Situation in Jittau geschaffen. Es hatten sich einige hundert Erwerbslose zusammengefunden...

Chemnitz. Der Stadtrat hat die Errichtung einer öffentlichen...

Beratungsgemeinschaft für Nervenkranke und physisch Abnorme beschlossen.

Berufungskalender.

Donnerstag, den 27. September. Metallarbeiter, Volkshaus, 6 Uhr.

Freitag, den 28. September. Angekollte im Buchhandel, Braustraße 17, 5 Uhr. Handarbeiter-Protokollierung, Volkshaus, 4/4 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Interaten ersichtlich.

Sportartell.

Bundesfeier. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Reiz. Turn- und Turnvereine. 24. September. Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Sportklub Ost. Leipzig. 24. September. Der Turn- und Turnvereine, Anaben und Mädchen haben ihren Bericht auf lange Zeit eingeweiht. Vortragsveranstaltung wird beabsichtigt.

Amtliche Bekanntmachungen.

In der Strafsache gegen die Händlerin Maria Florentina Jost, geb. Dime, geb. am 2. 8. 1868, wohnhaft in Mühlbach bei Wurzen, hat das gemeinliche Schöffengericht Leipzig in seiner Sitzung am 11. September 1923 für Recht erkannt: Die Angeklagte Jost wird wegen Vergehens nach § 1 Abs. 1 der Vertriebsverordnungs vom 8. 5. 1923 zu 20 — zwanzig — Millionen Mark Geldstrafe im Uneinbringlichkeitsfalle für 1 Million Mark zu einer Gefängnisstrafe, sofern nicht verurteilt wird.

gegen den § 1. Ziffer 1 der VO. gegen Vertriebsverordnungs vom 8. 5. 1923 — zu 300.000 — dreihunderttausend — Mark Geldstrafe, und falls den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, zu einer Gefängnisstrafe von 6 Tagen verurteilt werden. Die öffentliche Bekanntmachung ist angeordnet worden. G. S. St. B. 622/23 Leipzig, den 25. September 1923. Das Amtsgericht, Abt. III A.

Der Händlerin Wilhelm Kröner, geb. am 16. 3. 1870, wohnhaft in Leipzig-Stötteritz, Lange Reihe Nr. 19, I. ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des gemeinlichen Schöffengerichts Leipzig vom 2. August 1923 zu 1. w. a. u. b. wegen unerlaubten Handels mit Butter und Quark. Verurteilt zu 1. nach § 1 Ziff. 2 der VO. über Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 10. 7. 23. zu 2. nach § 1 Ziff. 4 der VO. gegen Vertriebsverordnungs vom 8. 5. 1923, § 78 St. G. B. zu einer Geldstrafe zu 1. von 250.000 — zweihundertfünftausend — Mark, zu 2. a. u. b. von je 250.000 — zweihundertfünftausend — Mark.

und für den Fall, daß die Geldstrafen nicht beigetrieben werden können, zu einer Gefängnisstrafe von je 6 Tagen, insgesamt 15 Tagen, verurteilt worden. Die öffentliche Bekanntmachung ist angeordnet worden. G. S. St. B. 623/23 Leipzig, den 25. September 1923. Das Amtsgericht, Abt. III A. Der Kaiserhändler Friedrich August Wilhelm Gaeke in Leipzig, Arndstraße Nr. 44, III, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Leipzig vom 28. Mai 1923 wegen Vertriebsverordnungs nach § 1 Ziff. 1 der Vertriebsverordnungs — zu zwei Wochen Gefängnis, sowie 250.000 Mk. Geldstrafe, und falls den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, für je 10.000 Mk. zu einem weiteren Tag Gefängnis verurteilt worden. Die öffentliche Bekanntmachung ist angeordnet worden. G. S. St. B. 403/23 Leipzig, den 24. September 1923. Das Amtsgericht.

1. Der Händler Franz Hermann Wehner und 2. dessen Ehefrau Emilie Theresie Dittke Wehner, geb. Kaufmann, beide in Leipzig-Neustadt, Wehnerstr. 20, wohnhaft, sind durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Leipzig vom 18. August 1923 wegen Vertriebsverordnungs nach § 1. Ziffer 3 der VO. gegen Vertriebsverordnungs vom 8. 5. 1923 — zu 250.000 Mk. Geldstrafe, und falls den Fall, daß die Geldstrafen nicht beigetrieben werden können, zu je 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der aus den beschlagnahmten Kartoffeln erstellte Erlös von 83625 Mk. ist eingezogen worden. Die öffentliche Bekanntmachung ist angeordnet. Leipzig, den 24. September 1923. G. S. St. B. 616/23. Das Amtsgericht.

1 obm Gas 12 Millionen Mark 1 kWh Strom 15 Die Mitte dieses Monats beim Zwischenkonto ausgerechneten Quittungsausgleichs werden in Zahlung angenommen. Debit-Mark Leeberg, 24. 9. 1923. General Aktiengesellschaft Leipzig, Sch. h.

Nachtalter. Sainstraße 18. Abends 7 1/2 Uhr. Kabarett.

Der seltsame Mensch.

25] Nachdruck verboten. Von Vladimir Korotko. Aus dem Russischen übertragen von Helene Kckerle und Uda Goldschmidt. "Nein," sagte sie, "er kennt hier keinen Weg."

Erdbebenprobleme.

Von Georg Engelbert Graf. Die ungeheure Katastrophe an der Ostküste Japans legt wieder einmal die Frage nahe: Worin sind die Erdbeben begründet? Welche Kräfte bringen sie zur Auslösung?

Zusehen oder in seinen Folgen zu paralysieren. Abwenden lassen sich natürlich solche irdische Vorgänge wie die Weltbedüris überhaupt nicht. Möglich dürfte es aber sein, bis zu einem gewissen Grade in den Haupterdbebengebieten, die ja bekannt sind, Erdbebenwarnungen rechtzeitig ergehen zu lassen.

Erst spät am Abend beendete die traurige und verwelkte Anna ihre Arbeit. Es gab viel Arbeit, da sich die Dame schon länger als zwei Wochen ohne Dienstmädchen beholfen hatte.

Es fragt sich nun, ob das Magma des Erdinnern bei den stetigen Veränderungen und Bewegungen innerhalb der Erdkruste nur eine passive Rolle spielt oder ob es dabei auch aktiv tätig ist.

Kleine Chronik. Städtische Theater. Die Intendantin weist darauf hin, daß die Vorstellungen im Neuen Theater am Sonnabend, dem 20. September, Cavalleria rusticana, Der Bajazzo und am Sonntag, dem 30. September, Die Zauberflöte, bei aufgehobenem Anrecht stattfinden.

feurio Schonene Sie Wäsche und Hände und benutzen Sie stets Haushaltseife feurio mit 80% Fettgehalt Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.G.

